

presse

AG Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement braucht verlässliche Politik

*Anlässlich des internationalen Tages der Freiwilligen am 5. Dezember erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion **Ute Kumpf**:*

Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen eine starke und lebendige Bürgergesellschaft, in der alle Menschen kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.

23 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in über 600.000 Vereinen, aber auch in Genossenschaften, Stiftungen und anderen gemeinnützigen Organisationen für das Gemeinwohl. Gerade in Zeiten der Krise bewährt sich dieses solidarische Miteinander. Es darf aber nicht missbraucht werden. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht als Ausfallbürge für knapper werdende öffentliche Kassen instrumentalisiert werden. Mit ihrem Engagement erneuern die Engagierten die Bindekräfte gegen die Fliehkräfte in der Gesellschaft. Sie brauchen eine verlässliche Politik an ihrer Seite, sowie Wertschätzung und Anerkennung.

Die SPD hat sich in den zurückliegenden Jahren für die Freiwilligen eingesetzt - und vieles erreicht: wir haben die Übungsleiterpauschale erhöht und die Ehrenamtspauschale eingeführt. Wir haben das Stiften leichter gemacht, das Gemeinnützigkeitsrecht und das Vereinsrecht weiterentwickelt und mehr Schutz in der Sozialversicherung sichergestellt. Außerdem haben wir die Freiwilligendienste ausgebaut und das Unfallversicherungsrecht für die Engagierten verbessert. Auch in der Opposition werden wir die erfolgreiche Politik für die bürgerschaftlich Engagierten fortsetzen.

Unsere Vorhaben für die 17. Legislaturperiode:

- Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste ausbauen und einen Rechtsanspruch für Jugendliche auf einen Jugendfreiwilligendienst gesetzlich verankern. Die durch Verkürzung von Wehrpflicht und Zivildienst freiwerdenden Mittel wollen wir für den weiteren Ausbau der Jugendfreiwilligendienste nutzen.
- Bürgerschaftliches Engagement wird gelernt oder verlernt und braucht Lernorte. Wir fordern die Länder auf, soziales Lernen in den Schulen zu ermöglichen. Wir wollen in den Kommunen lokale Initiativen und Projekte mit professioneller Arbeit und sachgerechter Qualifizierung begleiten.
- Bürgerschaftliches Engagement braucht Unterstützung und Anlaufstellen. Daher unterstützen wir unter anderem die Arbeit des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) und der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle (NAKOS) im Selbsthilfebereich. Wir wollen eine verbindliche Förderung über einen längeren Förderzeitraum ermöglichen. Nur so kann eine starke Infrastruktur ausgebaut werden, die bürgerschaftliches Engagement initiiert und ermöglicht.
- Wir wollen den demographischen Wandel aktiv gestalten, die Potenziale der Älteren nutzen und durch echte Beteiligungsmöglichkeiten zur Mitwirkung mobilisieren. Dazu wollen wir die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste weiterentwickeln.
- Durch eine kulturelle Öffnung von Organisationen wollen wir das Engagement der rund 15 Millionen Migrantinnen und Migranten stärken. Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln können sich erst dann als Bürger fühlen, wenn sie Bürgerrechte haben. Daher fordern wir Mehrstaatlichkeit und das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten.
- Die Engagementforschung muss in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Der von der Bundesregierung veröffentlichte Bericht zur Lage des Bürgerschaftlichen Engagements hat deutliche Forschungsbedarfe aufgezeigt. Eine solide Politik für das Engage-

ment setzt belastbare wissenschaftliche Forschungsergebnisse voraus.

- Für die SPD ist außerdem klar: Unternehmen haben eine Verantwortung für die Gesellschaft daher setzen wir auf den Ausbau und die Förderung von Corporate Social Responsibility.
- Die Unübersichtlichkeit der rechtlichen Regelungen für bürgerschaftlich Engagierte wollen wir mit einem Freiwilligenstatusgesetz beseitigen.

Engagierte brauchen nicht nur am Tag der Freiwilligen Anerkennung und Wertschätzung, sondern über das ganze Jahr hinweg. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement verstehen wir als Teil unserer Politik für mehr Anerkennung und Wertschätzung für die, die sich in Deutschland Tag für Tag für Andere und das Gemeinwohl einsetzen.



Mehr Demokratie wagen – für eine solidarische Bürgergesellschaft Unsere Politik für die bürgerschaftlich Engagierten

Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung nutzen. Der demokratische Staat ist die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat seinen Pflichten nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander. Bürgerschaftliches Engagement ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Denn für unsere Demokratie ist die Existenz einer lebendigen Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger sind ein notwendiger Bestandteil eines sozialen und starken Staates.

Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter

Die Mitwirkung in Selbsthilfegruppen, die Beteiligung an verschiedenen Formen politischer Partizipation gehören ebenso zum bürgerschaftlichen Engagement wie das klassische Ehrenamt und das Stiften und Spenden von Geld. Auch das Engagement im Rahmen eines Jugendfreiwilligendienstes oder einem Projekt der Generationsübergreifenden Freiwilligendienste zählt zum Bürgerschaftlichen Engagement.

Gegenwärtig sind ca. 23 Mio. Bundesbürgerinnen und Bundesbürger engagiert. Von 1999 bis 2004 stieg die Engagementquote von 34 % auf 36 %. Bürgerschaftliches Engagement findet sich in sehr unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern wie dem Sport, Schule und Kindergarten, Kirche und Religion, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik und im Sozialen Bereich. Nicht zu vergessen sind auch Hilfe-Eliten wie Feuerwehr, Rettungsdienste und THW, berufliche Interessenvertretung wie Gewerkschaften, Politik und Interessenvertretung, Umwelt- und Tierschutz, Jugendarbeit und Bildung und das lokale Bürgerengagement. Zu den eher kleinen Engagementbereichen gehören der Gesundheitsbereich sowie Justiz und Kriminalitätsprobleme.

Engagierte Bürger sind keine Ausfallbürgen

In Zeiten der Wirtschaftskrise gilt für uns Sozialdemokraten: Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Ausfallbürgen für notwendige Leistungen des Staates instrumentalisiert werden. Bürgerschaftliches Engagement kann nicht verordnet werden, ist eigensinnig, im wahren Sinne des Wortes. Politik für das Engagement muss diesen Eigensinn erhalten.

Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat



seinen Pflichten nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.“

Unsere Gesellschaft braucht für den Zusammenhalt das Engagement von allen

Wer sich freiwillig engagiert, leistet einen Beitrag zu einer Gesellschaft, die auf Vertrauen und Solidarität, Eigeninitiative und Verantwortung setzen kann. In der Bürgergesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere, wirken im Sinne des Gemeinwohls. Oft bemerken sie früher als Behörden, wo Abhilfe nötig ist. Auf diese Weise leisten sie einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir wollen auch jene mitnehmen, die bisher eher am Rande stehen. Noch immer ist das bürgerschaftliche Engagement unter Migrantinnen und Migranten weniger verbreitet als unter Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund. Eine solidarische Bürgergesellschaft ist aber auf das Engagement aller angewiesen. Wir wollen daher Beteiligungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten gezielt ausbauen und ihnen auch Bürgerrechte sichern.

Den demografischen Wandel aktiv gestalten

Menschen jenseits der 65 sind heute noch lange nicht am Ende ihres aktiven Lebens. Sie treten in eine Lebensphase mit neuen Freiheiten ein. Diese Zeit der „gewonnenen Jahre“ gilt es für sie selbst und für die Gesellschaft zu nutzen.

Ältere Menschen übernehmen in erheblichem Umfang unentgeltlich freiwillige, gemeinwohlorientierte Tätigkeiten. Ältere sind keine demografische Katastrophe. Ältere wollen die Chancen des längeren Lebens nutzen und sind zu jung, um zum „alten Eisen“ zu zählen. Ältere Menschen sind keine Hilfeempfänger, die von der Gesellschaft integriert werden müssen: Sie haben genug eigene Ideen und Potentiale. Um diese einzubringen müssen sie aber auch Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden erhalten. Wir brauchen die Älteren mit ihrem Engagement auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement im vorsorgenden Sozialstaat

Der vorsorgende Sozialstaat fördert und ermöglicht bürgerschaftliche Verantwortung; nicht als Ersatz für Sozialleistungen, sondern als notwendiges Gegengewicht. Erst das Engagement und die Verantwortung der Bürger und Bürgerinnen füreinander schaffen gesellschaftlichen Zusammenhalt; der Staat allein kann dies nicht leisten. Deshalb sehen wir Bürgergesellschaft und staatliche Politik als Partner auf Augenhöhe und in gleicher Verantwortung für Integration und Chancengleichheit. Soziale Dienstleistungen können oftmals besser bürgerschaftlich verantwortet als vom Staat bereitgestellt werden.

Wir wollen Brücken bauen zwischen dem traditionellen Ehrenamt, gewachsenen Formen bürgerschaftlichen Engagements und neuen Formen von Freiwilligendiensten und selbstorganisierten Strukturen. Der vorsorgende Sozialstaat wird sich daran messen lassen müssen, in welchem Maße er dem Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger Raum lässt und Rahmen gibt.



10 Jahre Regierungsverantwortung der SPD sind 10 Jahre Einsatz für das bürgerschaftliche Engagement

Engagementpolitik ist mit Regierungsübernahme seit 1998 in der SPD-Bundestagsfraktion ein fester Bestandteil in den Strukturen der Fraktion und des Bundestages geworden. Wir konnten dadurch - unterstützt durch die Enquete- Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, durch den Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, durch Tagungen und Konferenzen - Impulse für die inhaltliche Arbeit geben und Engagementpolitik als Querschnittsaufgabe profilieren. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir auch in der 17. Legislaturperiode fortsetzen.

Unser Leitbild ist die solidarische Bürgergesellschaft

Seit der 14. Legislaturperiode haben wir viel erreicht an Verbesserungen für die bürgerschaftlich Engagierten: im Vereinsrecht und Unfallversicherungsrecht, im Steuerrecht und Gemeinnützigkeitsrecht, im Sozialversicherungsrecht und weiteren Bereichen. In der 17. Legislaturperiode wollen wir unsere erfolgreiche Politik für die Engagierten fortsetzen. Jetzt geht es um eine allgemeine Strategie, mit der wir Engagementpolitik auf der Ebene des Bundes als Querschnittspolitik ausbauen und ressortübergreifend verankern wollen.

- Wir wollen auch in der 17. Legislaturperiode einen **Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement**. Nur so kann das Parlament in die Entwicklung der Engagementpolitik einbezogen werden. Unser Ziel: wir wollen einen Einsetzungsbeschluss noch in 2009 erwirken.
- **Förderung von Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen** wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen u.a., um bürgerschaftliches Engagement zu initiieren und zu ermöglichen. Das **Nationale Forum für Engagement und Partizipation** muss auch in der angelaufenen Legislaturperiode fortgesetzt werden und in die Weiterentwicklung einer nationalen Engagementstrategie des Bundes aktiv eingebunden werden.
- **Bürgerschaftliches Engagement braucht institutionelle Lernorte**. Bürgerschaftliches wird gelernt oder verlernt, es braucht Vorbilder, Anregungen und Räume, in denen Verantwortungsübernahme geübt werden kann. Wir wollen Allianzen und lokale Bündnisse für die Familie und die Initiativen und Projekte vor Ort mit dem Aufbau einer Infrastruktur fördern, die Engagement unterstützt, mit professioneller Arbeit begleitet und eine sachgerechte Qualifizierung ermöglicht.
- **Freiwilligendienste ausbauen und weiterentwickeln** – quantitativ wie qualitativ. Mit der Verkürzung von Wehrpflicht und Zivildienst kommt den Jugendfreiwilligendiensten besonderes Interesse zu. Wir wollen mit den im Zivildienst gesparten Mitteln allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit auf einen Jugendfreiwilligendienst eröffnen und einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst gesetzlich verankern.



- **Bürgerschaftliches Engagement ist nicht umsonst zu haben.** Mit einem neuen Förderinstrument wollen wir eine langfristig angelegte Förderung für Infrastruktureinrichtungen und Projekten durch den Bund ermöglichen. Für einen nachhaltigen Ausbau der Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements, von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene, müssen **mehr Haushaltsmittel** bereitgestellt werden.
- Den **demographischen Wandel aktiv gestalten**, die Potentiale der Älteren nutzen und durch echte Beteiligungsmöglichkeiten zur Mitwirkung mobilisieren. Ältere Menschen haben eigene Ideen und Potentiale. Um diese einzubringen müssen sie aber auch Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden erhalten. Dazu wollen wir die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste weiterentwickeln und mit einem **Freiwilligenstatusgesetz** u.a. sozialversicherungsrechtliche und steuerrechtliche Fragen klären.
- **Stärkung des Engagements von Migrantinnen und Migranten**, um den ca. 15 Mio. Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund Teilhabe zu ermöglichen. Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln können sich erst dann als Bürger fühlen, wenn sie Bürgerrechte haben. Aktiv wird, wer sich akzeptiert und willkommen fühlt. Dafür braucht es **Bürgerrechte**. Das schließt **Mehrstaatlichkeit** und **kommunales Wahlrecht** ein.
- **Auf den Rahmen kommt es an** und das bedeutet die stetige Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Bürgerengagement. Dazu wollen wir u.a. ein **Freiwilligenstatusgesetz** entwickeln.
- **Ausbau der Engagementforschung**, denn eine solide Politik für das Engagement setzt belastbare wissenschaftliche Forschungsergebnisse voraus. Wir setzen uns daher für den Ausbau der Engagementforschung ein.
- **Wertschätzen und Anerkennen**, denn Engagement für das Gemeinwohl geschieht unentgeltlich und freiwillig – und verdient gerade deshalb öffentliche Anerkennung.
- **Unternehmen haben eine Verantwortung für die Gesellschaft** – daher setzen wir auf den Ausbau und die Förderung von Corporate Social Responsibility.
- **Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement ist eine Querschnittsaufgabe** - Durch Intensivierung der Abstimmung zwischen den Ressorts wollen wir unsere Politik für das Engagement als Querschnittsaufgabe weiter ausgebaut. Wir wollen eine institutionelle Verankerung der Politik für das bürgerschaftliche Engagement auch im Regierungsapparat.

Wenn die neue schwarz-gelbe Bundesregierung bereit zu mutigen Schritten auf diesem Weg ist kann sie mit unserer Unterstützung rechnen. Eine Ausfallbürgenpolitik, die bürgerschaftliches Engagement instrumentalisiert um öffentliche Haushalte für abenteuerliche Steuererleichterungspläne zu schonen, wird mit uns aber sicher nicht zu machen sein.

Stand: 4.12.2009



Zahlen und Fakten zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland

- **Engagementquote steigend**

In Deutschland engagieren sich **23 Millionen Bürgerinnen und Bürger**. Das sind 36 % der Bevölkerung ab 14 Jahren. Von 1999 bis 2004 ist der Anteil der engagierten Bürgerinnen und Bürger von 34 % auf 36 % gestiegen.

- **Engagementquote bei Männern und Frauen**

Männer sind mit 39 % häufiger als Frauen freiwillig engagiert. Dennoch stieg seit 1999 das bürgerschaftliche Engagement bei Frauen stärker als bei Männern. Das Engagement nahm besonders bei erwerbstätigen Frauen (2004: 37 %, 1999: 32 %) und bei 55- bis 64-jährigen Frauen (2004: 37 %, 1999: 29 %) zu.

- **Die größte Engagementbereiche**

Das meiste Engagement findet in den Bereichen Sport (11 %), Schule und Kindergarten (7 %), Kirche und Religion (6 %), Freizeit und Geselligkeit (5,5 %), Kultur und Musik (5,5 %) und im Sozialen Bereich (5,5 %) statt. Nicht zu vergessen sind die Feuerwehr, Rettungsdienste und das THW (3 %), berufliche Interessenvertretung wie Gewerkschaften (2,5 %), Politik und Interessenvertretung (2,5 %), Umwelt- und Tierschutz (2,5 %), Jugendarbeit und Bildung (2,5 %) und das lokale Bürgerengagement (2 %). Zu den eher kleinen Engagementbereichen gehören der Gesundheitsbereich (1 %) sowie Justiz und Kriminalitätsprobleme (0,5 %).

- **Engagementbereiche bei Frauen und Männern gleichen sich an**

Männer engagieren sich zunehmend auch in Bereichen wie „Schule und Kindergarten“, sowie im „sozialen Bereich“, die bislang mehr vom Engagement der Frauen bestimmt waren. Frauen engagieren sich dafür zunehmend im von Männern dominierten sportlichen Bereich.

- **Ältere Menschen sind aktiv**

Die deutlichste Steigerung des freiwilligen Engagements gab es bei den älteren Menschen im Alter ab 60 Jahren. Die Engagementquote stieg von 1999 bis 2004 von 26 % auf 30 %. In der Gruppe der jüngeren Senioren, d. h. der 60- bis 69-Jährigen, erhöhte sich das Engagement sogar von 31 % auf 37 %.

- **Arbeitslose mischen mit**

Bei den Arbeitslosen ist sowohl die Engagementquote als auch das Engagementpotenzial deutlich gestiegen. Die Engagementquote lag 2004 bei 27 % (1999: 23 %). Arbeitslose erheben mit ihrem Engagement einen deutlichen Anspruch auf gesellschaftliche Beteiligung und wollen ihre Interessen vertreten.

- **Engagementmotive zwischen Gemeinwohl und Eigeninteresse**

Die Mitgestaltung der Gesellschaft ist für freiwillig Engagierte ein zentrales Motiv, sich zu engagieren. Obwohl die Gemeinwohlorientierung des Engagements sehr ausgeprägt ist, werden zunehmend auch eigene Interessen und Problemlagen an das Engagement herangetragen.



- **Migrantinnen und Migranten engagieren sich häufiger**

23 % der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sind bürgerschaftlich engagiert. „Spaß an der Tätigkeit“, „anderen Menschen zu helfen“ und „etwas für das Gemeinwohl zu tun“ sind die häufigsten Beweggründe für ein bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten. Die Forschung zeigt aber auch einen hohen öffentlichen Unterstützungsbedarf an.

- **Vereine und Stiftungen im Aufwind**

Der Verein ist nach wie vor die klassische Organisationsform im gemeinnützigen Bereich. Fast die Hälfte der Engagierten engagieren sich in einem Verein. In Deutschland gab es 2008 ca. 550.000 eingetragene Vereine. Auch die Organisationsform der Stiftung erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Nach der Reform „Hilfen für Helfer“ kam es 2007 und 2008 erstmals zu mehr als 1000 Stiftungsneugründungen pro Jahr. 2008 gab es 16.406 rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts.